



Deutsche Bank Research Frankfurt Team
Stefan Schneider, stefan-b.schneider@db.com, +49 69 910-31790
Eric Heymann, eric.heyman@db.com, +49 69 910-31730
06. April 2020

Deutschlands Kampf gegen das Coronavirus – tägliches Update

Dieses Dokument darf an Kunden weitergegeben werden.

Corona-Update:

- Die Zahl der bestätigten COVID-19-Erkrankungen in Deutschland stieg über das Wochenende auf 95.391 Fälle (RKI, 06. April; 00.00 Uhr; [Aktualisierung](#)). Anstiege der letzten drei Tage gg. Vortag: (+7,6%, +6,9%, +4%). Wie immer nach Wochenenden gilt: Meldeverzögerung abwarten.
- PK von RKI-Präsident Wieler letzten Freitag: Abstand halten, Händehygiene sowie Husten- und Niesregeln beachten sind wichtiger als Mund-Nasen-Schutz. Behelfsmasken könnten helfen, andere zu schützen, aber nicht den Maskenträger. Dort, wo es nötig ist, mehr Kapazitäten im ÖPNV. Es gelingt derzeit, lokale Ausbrüche rasch einzudämmen. Reproduktionszahl (R0) liegt derzeit bei ca. 1 (ein Erkrankter steckt im Durchschnitt eine weitere Person an); Zahl muss unter 1 gedrückt werden.
- Kanzleramtsminister Braun in der FAS: Höhepunkt bei Infektionszahlen liegt noch vor uns.
- Eine [Corona-Studie in München](#) soll Aufschluss über Dunkelziffer bei COVID-19-Erkrankungen geben.
- Sinkende Todesfallzahlen in [Italien](#) und [Spanien](#).

Wirtschaftliches Update:

- [Interdisziplinäres Gutachten unter Federführung des ifo Instituts](#) zum Exit aus dem Lockdown. Sehr lesenswert!
- Ganz aktuell: Aufträge in der deutschen Industrie im Februar: -1,4% gg. Vm.
- Deutscher Automobilmarkt im März: Pkw-Neuzulassungen: -38% gg. Vj. (stärkster Rückgang im wiedervereinigten Deutschland). Pkw-Produktion: -37% gg. Vj. Exporte: -32% gg. Vj. Rückgang dürfte im April noch kräftiger ausfallen, weil viele Autohäuser, Zulassungsstellen und Autofabriken bis Ende der Osterferien geschlossen sind. Positiv: Anders als bei vielen Dienstleistungen sind große Teile der Umsätze nicht unwiederbringlich verloren, sondern werden zeitverzögert aufgeholt.
- Deutsche Bank Research: Im Kampf gegen COVID-19 werden in Europa Grenzen wieder hochgezogen. Die Maßnahmen – so notwendig sie sind – zeigen die über Jahre gewachsenen gegenseitigen Abhängigkeiten und Verletzbarkeiten in Europa, ob bei Saisonarbeitern in der Landwirtschaft oder im grenzübergreifenden Güterverkehr. Wie Schlagbäume und Grenzkontrollen der europäischen Wirtschaft und langfristig auch dem Zusammenhalt in der EU schaden können, lesen Sie [hier \(auf Englisch\)](#). Dazu passt: Heute eventuell Beschluss zu weiteren Grenzsicherungen.
- [Reisebranche](#) möchte Kunden Gutscheine auszahlen statt Anzahlungen für ausgefallene Reisen zu erstatten. EU-Kommission sieht das rechtlich problematisch. [Bundesregierung zeigt Bereitschaft, für Gutscheine einzustehen](#). „Kein Kunde darf sein Geld verlieren“, sagte Tourismusbeauftragter Thomas Bareiß (CDU), „deshalb wollen wir den Wert der Gutscheine staatlich absichern.“
- Handelsverband Deutschland bittet um „[planvollen und vorausschauenden Lebensmitteleinkauf](#)“ in der Woche vor Ostern. Man solle allein und zügig einkaufen.

Wirtschafts- und geldpolitische Maßnahmen:

- Bundesregierung will „[Mittelstandslücke](#)“ im Schutzschild schließen. Laut dpa sind Verbesserungen bei Laufzeiten und Haftungsfreistellung für Mittelstandskredite geplant. Staat könnte Kredite für begrenzte Zeit zu 100% garantieren. Denkbare Höchstgrenze: EUR 0,5 Mio. pro Unternehmen. Notwendiges staatliches Garantievolumen: EUR 300 Mrd. Dazu passt: [DIHK fordert zweites Corona-Paket](#).
- Hilfspakete und Ausgleichszahlungen von Bund und Ländern summieren sich auf knapp [EUR 1,2 Billionen Euro](#). Zum Vergleich: Kosten für die Wiedervereinigung liegen bei ca. EUR 2 Billionen.
- Koalitionspläne zur Aufstockung des Kurzarbeitergelds. CDU/CSU-Vorschlag eines „Mindest-KuG“: 100%-iger Lohnersatz für Mindestlohnbezieher. SPD-Vorschlag: Aufstockung Kurzarbeitergeld auf 80-87% (von aktuell 60%). [NRW-SPD will notfalls Alleingang](#).



- Bundesregierung will Deckungsmarkt von Lieferantenkrediten sicherstellen. Viele Lieferanten können in Krise nicht mehr auf Kreditversicherungen zurückgreifen. Laut FAZ Treffen zwischen Regierung und Versicherern diese Woche. Bundesregierung könnte 2020 zwei Drittel der Prämieinnahmen der Versicherer bekommen und im Gegenzug bis zu EUR 30 Mrd. zur Verfügung stellen, um Markt für Deckungszusagen am Laufen zu halten.
- [Sonderzahlungen bis 1.500 Euro jetzt steuerfrei](#). Damit erkennt die Bundesregierung die besondere Leistung der Beschäftigten in der Corona-Krise an.
- [FDP-Chef Lindner](#) für Steuersenkungen und Lockerungen des Kontaktverbots im April oder Mai.
- Hochschulsemester soll am 20. April starten (digitale Lehrpläne). Regelung zu Schulen steht noch aus.
- [EU](#): Lockdown ist nicht gleich lockdown. Am 17. März hatten EU-Länder *gemeinsam* einen 30-tägigen Einreisestopp für nicht-EWR-Bürger beschlossen. *Unterschiedlich* in Umfang und Zeithorizont dagegen nationale Maßnahmen, wie eine EU-weite [Übersicht](#) zeigt. Entscheidungen dazu meist abhängig vom Verlauf der Infektionskurve. Dies spielt wichtige Rolle, wenn grenzüberschreitende Lieferketten für langsame Rückkehr in die wirtschaftliche Normalität reaktiviert werden müssen. Kommissionspräsidentin vdL kündigte zeitnah eine Roadmap für den Exit aus den EU-Maßnahmen wie Grenzkontrollen etc. an.
- Morgen (Video)-Treffen der Eurogruppe, um Maßnahmenpaket ([BMF-Linie](#)) zu beschließen. Wir erwarten (i) ESM-Kreditlinie mit nur pro forma-Konditionen. Inanspruchnahme würde Option der EZB für länderspezifisches OMT eröffnet, (ii) Fonds für Kreditgarantien bei der EIB, Volumen EUR 50-70 Mrd., um Kredite und Liquiditätshilfen an KMU abzusichern sowie (iii) Genehmigung des EUR 100 Mrd.-Kommissionsvorschlags SURE für Kurzarbeitergeld (insgesamt 4,5% des EU-BIP). Beschlüsse zu weiteren Aktionen wie dem [niederländischen Vorschlag](#) eines Corona-Spendenfonds unsicher. Zudem dürfte die KOM aufgefordert werden, Vorschläge für ein Konjunkturpaket zur wirtschaftlichen Erholung auszuarbeiten. Von der Leyen: „Marshall-Plan“.
- Debatte um Coronabonds vorerst entschärft, bleibt aber auf der politischen Agenda. F und IT fordern nun europäische Wiederaufbauanleihen für die Zeit nach der Corona-Krise. ESM-Chef Regling in [FAZ-Artikel](#): „Neue Institutionen und Instrumente brauchen Zeit, die wir im Moment nicht haben“, er rechnet mit 1 bis 3 Jahren, um so etwas juristisch und verfassungsrechtlich sauber auf den Weg zu bringen – vorausgesetzt, es findet sich die politische Mehrheit. Sieht für D (sowie NL, AT, FI) nicht so aus, auch wenn Politiker wie Elmar Brok (CDU) oder Martin Schulz (SPD) dies fordern. Klare Ablehnung dagegen gestern von Kanzleramtsminister Helge Braun im FAS-Interview.

Unternehmensnachrichten:

- [Adidas](#) denkt über Kreditantrag bei KfW nach.
- [Daimler](#) hat sich eine neue Kreditlinie über EUR 12 Mrd. gesichert.
- [Lufthansa](#) verhandelt mit dem Bund über Staatsbeteiligung.
- [DHL](#): Paketmengen steigen auf Vorweihnachtsniveau.

Was Positives zum Schluss:

- Im Corona-Hotspot New York wurden zuletzt dreimal so viele Patienten aus Krankenhäusern entlassen wie neue Patienten aufgenommen. In Berlin sind 2 Mio. Atemschutzmasken aus China eingetroffen. Weitere Fortschritte bei Rückholaktion von Deutschen aus dem Ausland.

© Copyright 2020. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapur Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Inc. genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.